



## Gemeinsames Statement: 22 NGOs rufen zu Massnahmen für stärkeren Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten auf

Genf, 21. Mai 2019

Es ist genau 20 Jahre her, seit der UN-Sicherheitsrat den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten auf seine Agenda gesetzt hat. Dies zeigte sich in zwei bedeutenden Resolutionen des Jahres 1999: Resolution 1265 über den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und Resolution 1270, die zum ersten Mal explizit den Schutz von Zivilisten als Mandat einer UN-Friedensmission festschrieb. In diesem Jahr feiern wir ausserdem das 70-jährige Jubiläum der Genfer Konventionen. **Gemeinsam rufen wir die Mitglieder des Sicherheitsrats, den UN-Generalsekretär und alle UN-Mitgliedsstaaten dringend dazu auf, dieses wichtige Jubiläumsjahr zum Anlass zu nehmen, den zivilen Schutz in länderspezifischen Situationen zu verstärken und eine ehrgeizige Agenda für den Schutz von Zivilisten voranzutreiben.**

In den letzten 20 Jahren hat es bereits bedeutende Schritte gegeben, die den Schutz der Zivilbevölkerung vorantreiben, unter anderem die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die Weiterentwicklung der UN-Strategie sowie nationale Massnahmen durch Regierungen und entschlossene zivilgesellschaftliche Akteure, die den Schutz der Zivilbevölkerung in den Vordergrund stellen. Diese Schritte werden durch den robusten Rahmen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechte gestützt, die ebenfalls dafür geschaffen wurden, die Auswirkungen des Krieges auf die zivile Bevölkerung einzugrenzen und die Sicherheit und Würde der Menschen zu garantieren.

**Trotz dieser Entwicklungen leidet die Zivilbevölkerung immer noch unverhältnismässig stark unter den zerstörerischen Auswirkungen bewaffneter Konflikte. In Afghanistan, Jemen, Libyen, Myanmar, Nigeria, Südsudan, Syrien, der Zentralafrikanischen Republik und in vielen weiteren Konflikten zahlt die Zivilbevölkerung den höchsten Preis dafür, dass sich die Konfliktparteien (und ihre Unterstützerstaaten) nicht an die Normen und Gesetze halten, die Menschlichkeit garantieren.** Die Zivilbevölkerung wird regelmässig angegriffen – ebenso die Orte, an denen sie lebt, arbeitet, lernt, betet oder medizinische und humanitäre Versorgung aufsucht oder anbietet. Es werden explosive Waffen mit hohem Wirkungsradius in bewohnten Gebieten eingesetzt, die verheerende und sehr langfristige Folgen haben. Die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt bei Konflikten hat schockierende Ausmasse angenommen und setzt Frauen und Mädchen dem hohen Risiko aus, Opfer solcher Gewalt zu werden. Darüber hinaus beobachten wir einen besorgniserregenden Rückzug der Konfliktparteien aus dem Multilateralismus und einer regelbasierten internationalen Ordnung, wodurch ein Umfeld entsteht, in dem alles erlaubt scheint und Gesetzesverstösse sowie der Missbrauch von Zivilisten toleriert werden.

**Die internationale Gemeinschaft muss diese besorgniserregende Richtung gemeinsam in andere Bahnen lenken. Wir fordern die Mitglieder des Sicherheitsrats, den UN-Generalsekretär und alle UN-Mitgliedsstaaten dringend dazu auf, entschlossene Massnahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung einzuleiten und für diejenigen Normen und Gesetze einzutreten, die entscheidend dafür sind, die Sicherheit der Zivilbevölkerung in Konflikten zu garantieren.**

Die bevorstehende Offene Debatte des UN-Sicherheitsrats über den Schutz der Zivilbevölkerung am 23. Mai ist ein entscheidender Anlass für die Mitglieder des Sicherheitsrats, des UN-Generalsekretärs und aller UN-Mitgliedsstaaten, um **konkrete Verpflichtungen einzugehen und Zusagen zu machen, die den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten** in diesem Jubiläumsjahr und den kommenden Jahren stärken. **Die folgenden Themen und Empfehlungen sollten im Fokus der gemeinsamen Handlungen stehen:**

**An die Mitglieder des Sicherheitsrats: Nutzen Sie ihr Stimmrecht und stimmen Sie dafür, den Schutz von Zivilisten in den Entscheidungen und Diskussionen des Rates vorrangig zu behandeln.**

- Erkennen Sie den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten öffentlich als eines der wichtigsten Themen auf der Agenda des Sicherheitsrates an. Verpflichten Sie sich erneut dazu, die Bestimmungen der Resolutionen des Sicherheitsrats über den Schutz von Zivilisten vollständig umzusetzen, unter anderem die Resolutionen 1894, 2175, 2286 und 2417 und die thematischen Resolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte, Frauen, Frieden und Sicherheit sowie sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten. Rufen Sie alle beteiligten Parteien dazu auf, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Halten Sie das humanitäre Völkerrecht ein und sorgen Sie für seine Einhaltung, indem Sie Ihre Unterstützung für Konfliktparteien beenden, wenn ernstzunehmende Anschuldigungen oder Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht oder die internationalen Menschenrechte bestehen.

- Verurteilen sie unmissverständlich alle Verstösse gegen humanitäres Völkerrecht und Verletzungen der internationalen Menschenrechte durch alle Konfliktparteien. Dies sollte mit einschliessen, dass direkte und unterschiedslose Angriffe auf die Zivilbevölkerung, bewusste Angriffe auf Schulen, Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen deutlich verurteilt werden, ebenso, wenn die Versorgung mit humanitärer Hilfe willkürlich verweigert wird. Stellen Sie sicher, dass es für staatliche und nichtstaatliche Akteure, die bewusst ihre Verpflichtungen verletzen oder missachten, Konsequenzen gibt – dies beinhaltet auch die Aufstellung von Justizmechanismen, die Verstösse zur Rechenschaft ziehen können. Unterstützen sie systematisch die Schaffung internationaler unabhängiger, investigativer Mechanismen in Situationen von bewaffneten Konflikten, bei denen hohe zivile Opferzahlen registriert wurden. Engagieren Sie sich für die Veröffentlichung der Berichte solcher Mechanismen, um zu verdeutlichen, dass Verstösse vom Sicherheitsrat verfolgt werden, und um vor weiteren Zuwiderhandlungen abzuschrecken. Bestärken Sie die Konfliktparteien darin, entschiedene und transparente Untersuchungen vorzunehmen, wenn Vorwürfe gegen ihre eigenen Streitkräfte im Raum stehen, die auf zivile Schäden hindeuten.
- Stärken sie die Fähigkeit der UN-Friedensmissionen, die Zivilbevölkerung zu schützen, indem Sie politische Unterstützung für diese Missionen geben und sicherstellen, dass sie über angemessene Ressourcen und Kapazitäten verfügen, um ihr Mandat zu erfüllen. Dieser Schutz muss auch zivile Berater, zivile und uniformierte Beratungskräfte in den Bereichen Gender, Frauenschutz, Kinderschutz sowie eine angemessene Anzahl an qualifizierten Menschenrechtsbeobachtern miteinschliessen. Bewerten Sie proaktiv die Leistung der UN-Friedensmissionen hinsichtlich ihrer zivilen Mandate und spezieller Aufgaben beim Schutz von Kindern, Frauen und Menschen mit Behinderung, und stellen Sie die vollständige und wirksame Umsetzung der Bestimmungen aus der Resolution 2436 (2018) des Sicherheitsrats sicher. Stellen Sie sicher, dass der Schutz der Zivilbevölkerung im Kontext von Personalabbau, Neuausrichtung und Veränderung der Friedensmissionen prioritär behandelt wird.
- Unterstützen Sie zeitnahe und entschiedene Massnahmen, mit dem Ziel, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen vorzubeugen oder zu beenden. Sichern Sie öffentlich zu, nicht gegen einen glaubwürdigen Resolutionsentwurf über zeitnahe und entschiedene Massnahmen zu stimmen, der das Ziel verfolgt, solche Verbrechen aufzuhalten oder zu verhindern, in Einklang mit dem Verhaltenskodex der Accountability Coherence and Transparency Group (A/70/621, 2015).
- Setzen Sie regelmässig spezielle Briefings oder informelle Treffen über den Schutz der Zivilbevölkerung im Kontext bestimmter Ländersituationen auf die Agenda des Sicherheitsrats. Laden Sie regelmässig UN-Vertreter mit speziellen Schutzmandaten und Experten aus der lokalen, nationalen und internationalen Zivilgesellschaft dazu ein, den Sicherheitsrat über diese Situationen zu informieren, einschliesslich Sprechern, die eine geschlechts- und altersspezifische Analyse geben können.

**An den UN-Generalsekretär: Erfüllen Sie Ihre Verpflichtung, die „globalen Bemühungen“ zum Schutz der Zivilbevölkerung anzuführen. Treten Sie gegenüber den Mächtigen für die Wahrheit ein, zum Wohle der Zivilbevölkerung, die in Konflikten gefangen ist.**

- Kommen Sie Ihren Verpflichtungen aus dem Bericht 2017 über den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten nach, „globale Bemühungen“ auf die Agenda zu setzen. Geben Sie ambitionierte Ziele vor, um den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten heute und in den kommenden 20 Jahren zu verstärken. Mobilisieren Sie hochrangige UN-Führungskräfte und die Agenturen, Büros und Abteilungen der Vereinten Nationen zur Unterstützung dieser Bemühungen.
- Fordern Sie ein Ende der Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und verurteilen Sie deutlich und öffentlich Verstösse gegen humanitäres Völkerrecht und Verletzungen der internationalen Menschenrechte gegenüber allen Parteien, die an bewaffneten Konflikten beteiligt sind. Setzen Sie die Konfliktparteien unter Druck, dass sie Anschuldigungen über zivile Schäden transparent untersuchen und sorgfältig darüber berichten. Scheuen Sie keine Mühen, um Verstösse gegen humanitäres Völkerrecht und Verletzungen der internationalen Menschenrechte durch nationale, regionale, ad hoc und internationale Justizmechanismen zu verfolgen, einschliesslich des Internationalen Strafgerichtshofs.
- Sprechen Sie sich ausdrücklich gegen sexuelle, geschlechtsspezifische und behinderungsspezifische Gewalt aus und erheben Sie die Stimme gegen alle Verstösse gegen die Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten. Üben Sie Ihre Autorität vollständig aus und listen Sie in Ihren Berichten alle Konfliktparteien auf, die für sexuelle Gewalt und jegliche der sechs schweren Verstösse gegen Kinderrechte in bewaffneten Konflikten verantwortlich sind. Nutzen Sie Ihren Einfluss, ihre diplomatischen Beziehungen und stellen Sie Aktionspläne auf, mit dem Ziel, dass diese Konfliktparteien bedeutsame Schritte unternehmen, um die Ursachen für ihre Auflistung zu beseitigen.
- Stellen Sie sicher, dass die UN-Friedensmissionen ihr Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung vollständig ausüben und einen umfassenden sowie die gesamte Mission betreffenden Schutzansatz berücksichtigen. Reagieren Sie kraftvoll auf nichterfüllte oder gescheiterte Leistungen beim Schutz der Zivilbevölkerung, unter anderem mit Massnahmen, die die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Unternehmen Sie die nötigen Schritte um sicherzustellen, dass die Friedensmissionen den Schaden für die Zivilbevölkerung minimieren, unter anderem durch die Unterstützung nationaler Sicherheitskräfte oder durch parallele Militäreinsätze. Gewährleisten Sie die vollständige Umsetzung der UN-Sorgfaltspflicht für die Einhaltung der Menschenrechte („Due Diligence“) bei der Unterstützung von Nicht-UN-Sicherheitskräften. Stellen Sie sicher, dass die UN-Friedensmissionen die lokale Bevölkerung sicher und bedeutsam bei der Festlegung der Schutzbedürfnisse miteinbeziehen und dafür Sorge tragen, dass alle Gruppen, einschliesslich Frauen, Jugendliche, Kinder und Menschen mit Behinderung, proaktiv miteinbezogen werden. Ihre Sichtweisen und Kapazitäten sollen mitbestimmen, welche Form die Mission annimmt, um Schutz vor drohenden Gefahren zu bieten.

- Führen Sie eine systemweite Vorgehensweise ein, die zivile Schäden aufzeichnet. Stellen Sie sicher, dass die UN-Friedensmissionen, spezielle politische Missionen und relevante UN-Agenturen oder Büros vor Ort über die Kapazitäten und die Anleitung verfügen, um proaktiv die Lage zu beobachten, Entwicklungen zu analysieren und öffentlich über zivile Schäden zu berichten. Teilen Sie dem Sicherheitsrat regelmäßige Informationen mit, die nach Geschlecht, Behinderung und Alter aufgeschlüsselt sind, sowie Analysen über den Schutz der Zivilbevölkerung, um informierte Überlegungen und Entscheidungsfindung zu sichern.

**An alle UN-Mitgliedsstaaten: Stellen Sie den Schutz der Zivilbevölkerung auf nationaler Ebene in den Vordergrund, systematisieren und geben Sie bewährte Verfahren weiter. Stellen Sie die vollständige Einhaltung von humanitärem Völkerrecht und internationalen Menschenrechten sicher.**

- Erklären Sie erneut Ihre vollständige Verpflichtung gegenüber den Genfer Konvention von 1949 und ihren Zusatzprotokollen sowie allen relevanten internationalen Menschenrechtskonventionen. Treten Sie ausstehenden relevanten Verträgen und Konventionen bei und setzen Sie sie um, unter anderem das Zusatzprotokoll I und II der Genfer Konventionen und das Fakultativprotokoll betreffend den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Verpflichten Sie sich öffentlich dazu, den Schutz der Zivilbevölkerung auf nationaler Ebene prioritär zu behandeln, unter anderem durch die Annahme und Umsetzung einer nationalen Politik zum Schutze von Zivilisten und der Errichtung spezifischer Strategien und Mechanismen, die Schäden an der Zivilbevölkerung begrenzen und sie verfolgen. Verpflichten Sie sich weiterhin zur systematischen Sammlung von Daten und aufgeschlüsselten Daten, die Aufschluss über zivile Schäden geben. Beachten und fördern Sie Informationen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die über Gefahren für die Zivilbevölkerung berichten und Vorfälle melden, bei denen es zu zivilen Schäden gekommen ist. Fördern und gewährleisten Sie die vollständige Verantwortlichkeit und Transparenz für Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht und internationale Menschenrechte.
- Unterzeichnen Sie wichtige politische Massnahmen und politische Erklärungen, die den Schutz der Zivilbevölkerung betreffen, und setzen Sie sie um. Dies beinhaltet unter anderem, nationale Aktionspläne für Frauen, Frieden und Sicherheit zu entwickeln, umzusetzen und zu finanzieren. Unterstützen Sie die „Pariser Prinzipien“ und die Erklärung für „Sichere Schulen“ und setzen Sie sie um.
- Unterstützen Sie die Bemühungen zur Annahme einer multilateralen politischen Erklärung über explosive Waffen in bewohnten Gebieten während des 20. Jubiläumsjahres. Solch eine Erklärung soll Staaten dazu bringen, den Einsatz von explosiven Waffen mit weitem Wirkungsradius in bewohnten Gebieten zu vermeiden, angesichts ihrer verheerenden humanitären Folgen für Einzelpersonen und die Bevölkerung, die zu Todesfällen, Verletzungen und zur Beschädigung ziviler Infrastrukturen führen und mit hoher Wahrscheinlichkeit unterschiedslos wirken. Verpflichten Sie sich dazu, starke nationale Standards und Beschränkungen beim Gebrauch von explosiven Waffen mit hohem Wirkungsradius in bewohnten Gebieten zu setzen. Überprüfen und stärken Sie ihre Politik und Vorgehensweise mit Blick darauf, den Einsatz von explosiven Waffen in bewohnten Gebieten zu vermeiden. Sammeln Sie relevante Daten und stellen Sie sie zur Verfügung, unter

anderem durch die Verfolgung von zivilen Schäden und die Aufzeichnung von zivilen Opfern. Tragen Sie dazu bei, Opfer und ihre Gemeinschaften zu unterstützen, indem Sie die zivilen Schäden durch explosive Waffen wiedergutmachen.

- Stellen Sie öffentlich klar, dass der Schutz der Zivilbevölkerung in jeglichem Sicherheitsbündnis eine Priorität darstellen muss. Geben Sie bewährte Verfahren weiter, die dem verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung bei Einsätzen verbündeter Sicherheitskräfte dienen können. Stellen Sie die Bedingungen klar heraus, die zu einer Verschlechterung oder Beendigung des Sicherheitsbündnisses führen würden. Halten Sie sich strikt an die Vorgaben aus dem Waffenhandelsvertrag, die helfen können, die Zivilbevölkerung selbst in den schwierigsten Situationen zu schützen: Sie stellen humanitäres Völkerrecht und internationale Menschenrechte ins Zentrum, wenn über einen Waffenhandel entschieden werden muss.
- Stehen Sie zu den grundlegenden humanitären Prinzipien, unter anderem dem Prinzip der Unparteilichkeit, das die Menschenrechte aller gefährdeter Menschen schützt, unabhängig von Nationalität, Rasse, Geschlecht, Religion, Klasse oder politischer Meinung, und das besagt, dass humanitäre Einsätze unabhängig und frei von politischem Einfluss sein müssen. Verpflichten Sie sich erneut dazu, zeitnahen und sicheren Zugang für humanitäre Hilfe und Schutz für die betroffene Bevölkerung zu gewähren – frei von Hindernissen, die durch unverhältnismässige Militärtaktik oder unvernünftige bürokratische Auflagen geschaffen werden. Schliessen Sie humanitäre Ausnahmeregelungen in alle Antiterrorismus-Gesetzgebungen und –Strategien mit ein, um unvorhergesehene Folgen oder Einschränkungen für die humanitäre Hilfe zu vermeiden. Verurteilen Sie ausdrücklich Fälle von Tötungen oder Angriffen auf humanitäre und medizinische Mitarbeiter-/innen und stellen Sie sicher, dass die Verantwortlichen für derartige Angriffe zur Rechenschaft gezogen werden.
- Erkennen Sie öffentlich an, wie bedeutsam die UN-Friedensmissionen für den Schutz der Bevölkerung sind. Leiten Sie Schritte ein, um die Bestimmungen aus der gemeinsamen Verpflichtungserklärung zu UN-Friedensmissionen umzusetzen, insbesondere solche Verpflichtungen, die den Schutz der Zivilbevölkerung stärken, die Leistung und Rechenschaftspflicht verbessern und den Frieden erhalten, sodass die Dynamik in der Reform der Friedensmissionen weiterhin sichergestellt ist. Setzen Sie die Kigali-Prinzipien über den Schutz der Zivilbevölkerung und die Vancouver-Prinzipien über Friedensmissionen um und beugen Sie der Rekrutierung und dem Einsatz von Kindersoldaten vor.

### **Unterstützende Organisationen:**

Action Against Hunger  
Amnesty International  
Article 36  
CARE  
Center for Civilians in Conflict  
Child Fund Alliance  
Concern Worldwide US  
FIDH  
Global Centre for the Responsibility to Protect  
Global Coalition to Protect Education from Attack  
Human Rights Watch  
Humanity & Inclusion / Handicap International  
InterAction  
The International Network on Explosive Weapons  
International Rescue Committee  
Norwegian Refugee Council  
Oxfam  
PAX  
Save the Children  
War Child  
Watchlist on Children and Armed Conflict  
World Vision International

### **Zu Handicap International**

Handicap International (HI) ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die in Situationen von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Konflikten und Katastrophen interveniert. Sie unterstützt Menschen mit Behinderung und andere besonders hilfsbedürftige Menschen, damit ihre grundlegenden Bedürfnisse gedeckt werden, sich ihre Lebensbedingungen verbessern und ihre Grundrechte besser respektiert werden.

Seit ihrer Gründung setzt sich HI in ca. 60 Ländern mit Entwicklungsprogrammen ein und interveniert in unzähligen Notsituationen. Seit Januar 2018 heisst das internationale Netzwerk Handicap International „Humanity & Inclusion“. Dieses besteht aus nationalen Vereinen mit dem Namen „Handicap International“ in Frankreich, Deutschland, Schweiz, Belgien und Luxemburg, und in Kanada, USA und Grossbritannien mit dem Namen „Humanity & Inclusion“.

HI ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 den Friedensnobelpreis erhalten hat, und aktives Mitglied der internationalen Koalition gegen Streubomben (CMC). 2011 wurde die Organisation mit dem Conrad N. Hilton Humanitarian Prize ausgezeichnet.

In Genf symbolisiert **Broken Chair** den Kampf gegen die Explosivwaffen und die Gewalt, die in bewaffneten Konflikten an den Zivilbevölkerungen verübt wird. Das gegenüber dem Sitz des Genfer Büros der Vereinten Nationen errichtete Denkmal von Daniel Berset auf Initiative von HI ist eine Herausforderung adressiert an die internationale Gemeinschaft. Es erinnert sie an ihre Verpflichtung, humanitäres Völkerrecht zu respektieren und die Zivilbevölkerung in bevölkerten Gebieten gegen den Einsatz von Explosivwaffen zu schützen.